*Absender*

**Musterantrag/Widerspruch**

An das

Landesverwaltungsamt

10702 Berlin

*Datum*

Personalnummer: …………………………………………………

**Antrag auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation bei den Besoldungs-/Versorgungsbezügen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Beamtinnen und Beamte haben Anspruch auf Erhalt einer jeweils amtsangemessenen Alimentation nach Art. 33 Abs. 5 GG, auch bei den Besoldungs-/Versorgungsbezügen.

Dazu hat das Bundesverfassungsgericht in grundlegenden und umfassenden Entscheidungen (vgl. nur Bundesverfassungsgericht, Zweiter Senat, Beschluss vom 17. November 2015 zur sog. A-Besoldung – Az.: 2 BvL 5/13) ausdrückliche und verbindliche Festlegungen getroffen.

Diese Vorgaben hat es in seiner Entscheidung vom 4. Mai 2020 (vgl. BVerfG 2 BvL 4/18) zur Besoldung von Richterinnen und Richter im Land Berlin ausdrücklich bestätigt, konkretisiert und die Berechnungsparameter präzisiert.

Dabei wurde insbesondere das Abstandsgebot zum allgemeinen Grundsicherungsniveau als ein eigenständiger hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums hervorgehoben.

Den mit Art. 33 GG vorgegebenen und durch die Rechtsprechung ausgeschärften Vorgaben ist der Besoldungs-/Versorgungsgesetzgeber in **Berlin** auch im Jahr 2024 nicht nachgekommen.

Im Hinblick auf die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts gehe ich davon aus, dass die mir gewährte Besoldung/Versorgung nicht ausreichend ist, sodass ich gegen diese

**Widerspruch einlege und beantrage**,

**mir eine amtsangemessene Besoldung/Versorgung zu gewähren, die den in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015 sowie aus dem Jahr 2020 aufgestellten Parametern und damit dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation entspricht.**

Gleichzeitig bitte ich bis zur verfassungsgemäßen Umsetzung der Entscheidung durch den für meine Besoldung/Versorgung zuständigen Gesetzgeber meinen Antrag ruhen zu lassen, auf die Einrede der Verjährung zu verzichten und mir dies entsprechend zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

Rücksendevordruck:

An

Name / Anschrift / Personalnummer des/der Betroffenen

**Widerspruch gegen verfassungswidrig zu niedrige Besoldung/Versorgung**

Sehr geehrte/r Frau/Herr \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_,

hiermit wird bestätigt, dass wir Ihren o.g. Widerspruch gegen Ihre derzeitige Besoldungs-/Versorgungsbezüge und Ihren Antrag auf eine amtsangemessene höhere Alimentation bei den Besoldungs-/Versorgungsbezügen unter Berücksichtigung der verfassungsgemäßen Anforderungen vom \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ ab dem 1. Januar 2024 am \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ erhalten haben.

Wir erklären uns hiermit einverstanden, das o.g. Verfahren bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage ruhend zu stellen sowie auf die Einrede der Verjährung im Hinblick auf diese Ansprüche ab dem 1. Januar 2024 zu verzichten.

Mit freundlichen Grüßen

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

(Name) (Unterschrift) (Dienststelle)

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_ \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

(Ort) (Datum)